

TRANSNATIONAL FORCE OF LAW

FUNDED BY THE EUROPEAN RESEARCH COUNCIL

Publikation im Rahmen des ERC Projektes

TRANSNATIONAL FORCE OF LAW

unter der Leitung von Andreas Fischer-Lescano

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie
unter: www.tfl.uni-bremen.de

This project has received funding from
the European Research Council (ERC)
under the European Union's Horizon
2020 research and innovation
programme (ERC-2014-CoG, No.
647313-Tansnational Force of Law,
Andreas Fischer-Lescano)



European Research Council

Established by the European Commission

TRANSNATIONAL FORCE OF LAW (gefördert durch den European Research Council)
Universität Bremen — Zentrum für Europäische Rechtspolitik
Büro: Mar Escudero Morón • Telefon +49(0)421 218-66 201 • Fax +49(0)421 218-66 230
Universitätsallee GW1 • 28359 Bremen

www.tfl.uni-bremen.de

Julia Gelhaar

Interner Schutz? – Das Konzept in der deutschen Rechtsprechung in Anwendung auf afghanische Geflüchtete

I. Einleitung

Die Aussage des ehemaligen Bundesinnenministers de Maizière „Unsere [...] Sorge ist im Moment in Europa die große Zahl der Flüchtlinge aus Afghanistan. Wir wollen, dass in Afghanistan das Signal ankommt: ‚Bleibt dort!‘“,¹ und nicht zuletzt die geschmacklose Freude seines Nachfolgers Horst Seehofer auf einer Pressekonferenz über die Abschiebung von 69 Afghanen zum Zeitpunkt seines 69. Geburtstages² machen deutlich, wie stringent die Forderung der Regierung, vermehrt nach Afghanistan abzuschieben, verfolgt wird. Dies stößt vor allem auf, weil bei steigender Unsicherheit in Afghanistan die Schutzquote³ des BAMF von Afghan_innen gleichzeitig fällt – die Ablehnungen erfolgen immer wieder mit der Begründung, im Herkunftsland gäbe es eine interne Schutzmöglichkeit, zumeist in Kabul. Die deutschen Verwaltungsgerichte hoben im Jahr 2017 und im ersten Quartal 2018 knapp 20 Prozent dieser vom BAMF getroffenen Entscheidungen zugunsten der Betroffenen auf,⁴ darunter auch Entscheidungen von afghanischen Asylsuchenden, die aufgrund einer angeblichen Schutzalternative im Herkunftsland in den Augen des BAMF keines Schutzes in Deutschland bedürften. Doch inwiefern sind auch die Entscheidungen der deutschen Gerichte zu kritisieren? Um diese Frage beantworten zu können, wurden 35 Gerichtsurteile⁵ der jeweils höchsten Verwaltungsgerichte der Länder, der Obergerwaltungsgerichte bzw. teilweise Verwaltungsgerichtshöfe, und der Ver-

1 Bundesministerium des Innern, Bundesinnenminister beim Sonderrat der EU-Innenminister, BMI 10.11.2015, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2015/11/bundesinnenminister-auf-dem-sonderrat-der-innenminister-in-bruessel.html> (letzter Abruf: 12.7.2018).

2 Vu, Kein Witz, Zeit Online, 11.7.2018, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-07/horst-seehofer-69-abschiebung-afghanistan-69-geburtstag-fluechtlinge> (letzter Abruf: 12.7.2018).

3 2016 betrug die unbereinigte Schutzquote (d.h. inklusive Dublin-Fälle etc.) noch 55,8%, 2017 sank sie auf 44,3% und im Jahr 2018 (Januar bis einschließlich August) liegt sie nur noch bei 35,8%, wie den Asylgeschäftsberichten des BAMF, im Internet abrufbar unter: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201808-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf;jsessionid=9206EEE561EC82801FAF203F25306E70.1_cid294?__blob=publicationFile (letzter Abruf: 8.10.2018), zu entnehmen ist.

4 BAMF, Gerichtsstatistik 1. Quartal 2018, BAMF 19.6.2018, <https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2018/20180619-gerichtsstatistik.html> (letzter Abruf: 13.7.2018).

5 Die ausgewählten Urteile umfassen dabei solche, die in Gänze zugänglich waren und die zugleich aktuell sind, d.h. in den letzten zwei Jahren bis Anfang Juli 2018 ergangen sind. Weitere wegweisende Urteile (auch ältere) v.a. von höheren Gerichten werden ebenfalls zitiert, wurden jedoch nicht in Gänze ausgewertet, da sie nicht innerhalb der letzten zwei Jahre gefällt wurden, aber dennoch richtungsweisend und damit unabdingbar für eine Prüfung des internen Schutzes sind.

waltungsgerichte als erstinstanzliche Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Hinblick auf afghanische Staatsangehörige ausgewertet und so dekonstruiert, dass sie in einem ersten Schritt unter einem aus der Literatur und der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts entwickelten Maßstab geordnet und abgeglichen werden konnten. In einem zweiten Schritt wurden die Entscheidungen mit den Richtlinien des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) verglichen, um nicht nur die Mängel der deutschen Rechtsprechung gegenüber der höchsten deutschen Rechtsprechung aufzudecken, sondern auch gegenüber völkerrechtlicher Institutionen. Vor dem Hintergrund der aktuell volatilen Sicherheitslage in Afghanistan stellt sich schließlich auch die Frage nach den menschenrechtlichen Grenzen einer Abschiebung aufgrund des angeblichen Bestehens einer internen Schutzmöglichkeit.

II. Der interne Schutz im deutschen Recht

Wer den Verfolgungsschutz im eigenen Land finden kann, bedarf keines internationalen Schutzes,⁶ d.h. vor der Gewährung internationalen Schutzes wird geprüft, ob für die betroffene Person zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Asylantrag eine effektive Schutzmöglichkeit in einem Landesteil ihres Herkunftslandes zur Verfügung steht.⁷ Darauf basiert das Konzept des internen Schutzes aus § 3e AsylG. Es leitet sich dogmatisch aus dem subsidiären Charakter des Schutzbegriffes der Genfer Flüchtlingskonvention ab,⁸ genauer knüpft es an die 2003 veröffentlichten UNHCR-Richtlinien zum internen Schutz und an Schlussfolgerungen zweier Expert_innen-Kolloquien⁹ an.¹⁰ In der Europäischen Union wurde 2004 die erste Qualifikationsrichtlinie (QRL) 2004/83/EG vom 29.4.2004 im Zuge der angestrebten Entwicklung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), festgelegt in Art. 78 Abs. 1 AEUV, verabschiedet, die durch die QRL 2011/95/EU im Jahre 2011 ersetzt wurde und den internen Schutz auf Unionsebene verankert. Art. 8 dieser QRL ist im deutschen Recht in § 3e AsylG fast identisch umgesetzt.

Grundlage für die Annahme eines internen Schutzes ist (1) die Identifizierung eines *sicheren Landesteils*. Aus der Begrifflichkeit des Konzepts selbst und der Systematik des internationalen Schutzes ergibt sich, dass dieser Landesteil zum Staatsgebiet des Her-

6 Hecht/Koch, § 5 (Aufenthaltsbeendigung/Abschiebung/Sicherheit), in: Kluth/Hund/Maaßen, Handbuch Zuwanderungsrecht, München 2017, Rn. 170.

7 Göbel-Zimmermann/Hruschka, in: Huber, Aufenthaltsgesetz, 2. Aufl., München 2016, § 3e AsylG Rn. 3.

8 Göbel-Zimmermann/Eichhorn/Beichel-Benedetti, Asyl- und Flüchtlingsrecht, 1. Aufl., München 2017, Rn. 211.

9 Die „2001 San Remo roundtable conclusions“ bildeten eine erste Grundlage für das Verständnis des internen Schutzes auf gemeinsam geteilter Basis der anwesenden nationalen Expert_innen aus den verschiedensten Ländern. Die „1999 Michigan Guidelines“, entwickelt von international anerkannten Wissenschaftler_innen, entstanden zwar davor, sind aber deutlich detaillierter.

10 Aldenhoff/Clayton/McDonough (from the European Council on Refugees and Exiles – ECRE), Actors of Protection and the Application of the Internal Protection Alternative – European Comparative Report 2014, <https://helsinki.hu/wp-content/uploads/APAIPA-Report.pdf>, (letzter Abruf: 18.5.2018), 33.

kunftslandes gehören muss.¹¹ Vorbehaltlich der Regelungen §§ 26a, 27, 29 AsylG darf der Schutz nicht deshalb verwehrt werden, weil es einen anderen aufnahmebereiten Drittstaat gibt, sondern nur, wenn im Herkunftsland anderweitig kein Schutz erlangt werden kann.¹² Es gilt, dass sich Gefahrensituationen nicht immer auf das gesamte Staatsgebiet eines Landes erstrecken müssen (z.B. zerfallende Staaten, wenn die Verfolgung von nicht-staatlichen Akteuren ausgeht und der Staat dieses nur in einigen Teilen seines Landes nicht wirksam unterbinden kann).¹³ Nach § 3e Abs. 1 Nr. 1 ist die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft zudem ausgeschlossen (und auch die Zuerkennung subsidiären Schutzes), wenn die Betroffenen in einem Teil des Herkunftslandes keine begründete Furcht vor Verfolgung oder keinen Zugang zu Schutz vor dieser Verfolgung bekommen können, *Gefahrenprognose*. (2). In einem dritten Prüfungsschritt, der *Zumutbarkeitsprüfung* (3), werden die allgemeinen Gegebenheiten und die persönlichen Umstände der Person betrachtet. Zu Ersteren gehört vor allem, dass sich die betroffene Person eine Existenzgrundlage am Ort der internen Schutzalternative erwirtschaften können muss. Mit in die Betrachtung fließen aber auch die im Einzelfall relevanten gesellschaftlichen und sozialen Normen am potentiellen Rückkehrort und die generelle Gesundheitsversorgung.¹⁴ Zusätzlich sollen die persönlichen Umstände der Person, wie etwa Sprache, familiäre Bindungen, ethnische Zugehörigkeit, Alter und Geschlecht,¹⁵ Berücksichtigung finden. Dies ist vorrangig für vulnerable Personen, genannt in Art. 21 Aufnahmerichtlinie (RL 2013/33/EU), von besonderer Bedeutung, bei denen die Zumutbarkeit häufig generell verneint werden müsse.¹⁶ *Erreichbarkeit* (4): Des Weiteren muss zum Bestehen einer internen Schutzalternative das Zufluchtsgebiet im Herkunftsland tatsächlich erreichbar sein. Vorübergehende Rückkehrhindernisse, wie etwa zeitlich begrenzt unterbrochene Verkehrsverbindungen in das Zufluchtsgebiet oder auch Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Visa,¹⁷ berühren die Annahme eines internen Schutzes jedoch nicht.¹⁸ § 3e

11 Göbel-Zimmermann/Eichhorn/Beichel-Benedetti (Fn. 8), Rn. 214; Göbel-Zimmermann/Hruschka (Fn. 7), Rn. 8; Lehmann, Das Konzept der inländischen Fluchtalternative in der deutschen Rechtsprechung und deren Verhältnis zu Art. 8 der Qualifikationsrichtlinie (interner Schutz), NVwZ 2007, 508–515 (511).

12 Göbel-Zimmermann/Eichhorn/Beichel-Benedetti (Fn. 8), Rn. 214; Göbel-Zimmermann/Hruschka (Fn. 7), Rn. 8; Kluth, in: Kluth/Heusch, BeckOK Ausländerrecht, 17. Ed., § 3e AsylG Rn. 2; München 2018; Lehmann (Fn. 11), 511.

13 Kluth (Fn. 12), Rn. 2.

14 Göbel-Zimmermann/Hruschka (Fn. 7), Rn. 15; Hecht/Koch (Fn. 6), Rn. 172.

15 Göbel-Zimmermann/Eichhorn/Beichel-Benedetti (Fn. 8), Rn. 225; Göbel-Zimmermann/Hruschka (Fn. 7), Rn. 17; Möller, in: Hofmann, Ausländerrecht, 2. Aufl., Baden-Baden 2016, § 3e Asyl(Vf)G Rn. 7.

16 Göbel-Zimmermann/Eichhorn/Beichel-Benedetti (Fn. 8), Rn. 223; Göbel-Zimmermann/Hruschka (Fn. 7), Rn. 16.

17 BVerwG v. 29.5.2008 – 10 C 11.7, Rn. 29.

18 Bergmann, in: Bergmann/Dienelt, Ausländerrecht, 12. Aufl., München 2018, § 3e AsylG; Möller (Fn. 15), Rn. 4. In der Berg-Karabach-Entscheidung (BVerwG v. 29.5.2008 – 10 C 11.7, Rn. 19) legte das Bundesverwaltungsgericht außerdem fest, dass der Maßstab des Aufenthaltes auch die Vorstufe der Erreichbarkeit des Landesteils des möglichen internen Schutzes und die auf die Kriterien des Art. 8 Abs. 2 QRL abstellende Zumutbarkeitsbewertung verlange. Die armenischen Kläger_innen können, so das Gericht, das zu Aserbaidschan gehörende Gebiet des Karabach-Berges von Armenien aus erreichen. Nachdem sie eine Einreiseerlaubnis für Armenien erhalten würden, könnten sie den Flüchtlingsstatus in Armenien erwerben und dann visumfrei in das Berg-Karabach-Gebiet einreisen. Somit sei das Gebiet für sie tatsächlich und in zumutbarer Weise erreichbar.

Abs. 1 Nr. 2 AsylG legt außerdem fest (5), dass das Gebiet des internen Schutzes für die Antragsteller_in nicht nur sicher und legal erreichbar sein muss, sondern von ihr „vernünftigerweise erwartet werden“ kann, dass sie sich dort niederlässt. Eine solche *Niederlassung* geht damit über den legalen Aufenthalt nach § 60 Abs. 7 AufenthG hinaus, da der Person zusätzlich der Zugang zu grundlegenden sozialen, politischen und kulturellen Rechten gewährt sein muss.¹⁹ Wie sich das konkret in der Praxis ausgestaltet, ist noch offen, da sich bisher nur wenig – sowohl in der Literatur als auch in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts – zur Niederlassung findet.

III. Die deutsche Rechtsprechung zum internen Schutz in Anwendung auf afghanische Staatsangehörige

1. Sicherer Landesteil

Als sicheren Landesteil identifizieren die deutschen Gerichte in den ausgewerteten Urteilen am häufigsten die Hauptstadt Afghanistans, Kabul. Dort sei es allen Entscheidungen zufolge grundsätzlich möglich, Schutz zu finden. Gerade in einer Großstadt seien Antragsteller_innen aufgrund der Anonymität vor nichtstaatlichen Akteur_innen eher geschützt als in kleineren Dörfern.²⁰ Dies sei im konkreten Fall aber abhängig vom persönlichen Risikoprofil der betroffenen Person, was einer genaueren Betrachtung in der Zumutbarkeitsprüfung bedürfe.²¹ Es wird zwar in den meisten Entscheidungen betont, dass sich die Versorgungs- und Sicherheitslage auch in Kabul verschlechtert hat, weshalb eine Einzelfallprüfung in jedem Fall erforderlich sei,²² dennoch hätten die sicherheitsrelevanten Vorfälle kein Ausmaß der willkürlichen Gewalt erreicht.²³ Vielmehr ergebe sich trotz steigender Anschlagzahl kein Wert (hier 0,125 Prozent), der zur Annahme führe, dass praktisch jede Zivilperson allein aufgrund ihrer Anwesenheit in der Stadt einer ernsthaften Tötungs- oder Verletzungsgefahr ausgesetzt wäre, die Schwelle der beachtlichen Wahrscheinlichkeit also erreicht wäre.²⁴ Aber auch Mazar-e Sharif und Herat werden immer wieder als sichere Landesteile genannt. Teilweise werden aber auch die Provinzen Bamyan im Zentralhochgebirge und Panjshir als Fluchtalternative in Betracht gezogen;

19 Göbel-Zimmermann/Hruschka (Fn. 7), Rn. 23; Marx, Interner Schutz von Flüchtlingen nach Art. 1 A Nr. 2 GFK (Art. 2 Buchst. d) RL 2011/95/EU), ZAR 2017, 304-312 (306).

20 So z.B. in VG Augsburg v. 8.1.2018 – Au 5 K 17.31783, Rn. 27; v. 27.4.2017 – Au 5 K 17.31136, Rn. 41 und v. 7.11.2016 – Au 5 K 16.31853, Rn. 39 sowie VG Bremen v. 10.10.2017 – 3 K 2905/16, Rn. 38.

21 VG Düsseldorf v. 27.6.2016 – 18 K 8370/14.A, Rn. 28 unter Verweis auf OVG NRW v. 3.3.2016 – 13 A 1828/09.A, Rn. 79 und v. 26.8.2014 – 13 A 2998/11.A, Rn. 189 ff.

22 VGH Bad.-Württ. v. 16.10.2017 – A 11 S 512/17, Rn. 105; VG Berlin v. 11.9.2017 – VG 17 K 329.17 A, 14; VG Würzburg v. 11.8.2017 – W 1 K 16.31583, Rn. 31 ff. und v. 5.7.2017 – W 1 K 16.31028, Rn. 34.

23 Bspw. VG Berlin v. 14.6.2017 – VG 16 K 207.17.A, Rn. 32 ff. Auch der BayVGH (v. 19.2.2014 – 13a ZB 14.30022), Rn. 8) äußert sich ähnlich, spricht davon, dass von einer extremen Gefahrenlage nicht ausgegangen werden könne.

24 VG Osnabrück v. 28.11.2017 – 1 A 156/17, 6; dazu auch NdsOVG v. 19.9.2016 – 9 LB 100/15, Rn. 64; BayVGH v. 17.8.2016 – 13a ZB 16.30090, Rn. 10 und OVG NRW v. 8.6.2016 – 13 A 1222/16.A, Rn. 10.

beide Gebiete seien zwar sicherheitstechnisch stabiler als andere Landesteile, die Problematik bestehe hier jedoch in der Zumutbarkeit.²⁵

2. Gefahrenprognose

Hier steht die Frage im Mittelpunkt, ob sich die Verfolgungsgefahr der Kläger_in bei einer Rückkehr wahrscheinlich realisieren würde.²⁶ Dabei kann es aber nicht darauf ankommen, wie hoch möglicherweise die statistische Wahrscheinlichkeit einer erneuten Verfolgung außerhalb der Herkunftsregion wäre, sofern sich eine solche überhaupt berechnen ließe.²⁷ Ist die betroffene Person bereits vorverfolgt nach Deutschland eingereist, hat sie das Schicksal einer Verfolgung also bereits erlitten, kann ihr, so die Gerichte, das Risiko einer Wiederholung nicht aufgebürdet werden.²⁸ Ebenfalls klar gestaltet sich der Fall, wenn eine Kläger_in einer anderen Religion als dem Islam, der Staatsreligion in Afghanistan, angehört. Apostat_innen weisen im ganzen Land eine begründete Furcht vor Verfolgung auf.²⁹

- 25 VG Bremen v. 10.10.2017 – 3 K 2905/16, Rn. 49 ff. Im Falle der ethnischen Minderheit der schiitischen Hazara stellt sich zudem die Frage, ob sie überhaupt in Afghanistan auf einen sicheren Landesteil zurückgreifen können, ob folglich eine Gruppenverfolgung nach § 77 Abs. 1 AsylG vorliegt (BVerwG v. 21.4.2009 – 10 C 11.08, Rn. 13; v. 1.2.2007 – 1 C 24.06, Rn. 6 und v. 18.7.2006 – 1 C 15.05, Rn. 20). Die Gerichte verneinen das Vorliegen einer solchen (BayVG v. 20.1.2017 – 13a ZB 16.30996, Rn. 11 und auch v. 3.7.2012 – 13 a B 11.30064, Rn. 24 ff.; daran orientieren sich: VG Augsburg v. 27.4.2017 – Au 5 K 17.31136, Rn. 34 f. und v. 7.11.2016 – Au 5 K 16.31853, Rn. 32; VG Berlin v. 14.6.2017 – VG 16 K 207.17.A, Rn. 20; VG München v. 14.7.2017 – M 18 K 17.30384, Rn. 35; VG Würzburg v. 8.11.2017 – W 1 K 16.32223, Rn. 20).
- 26 VG Magdeburg v. 18.10.2016 – 5 A 525/16 MD, 10–11 unter Verweis auf BVerwG v. 31.1.2013 – 10 C 15.12, Rn. 20 und VGH Bad.-Württ. v. 6.3.2012 – A 11 S 3070/11, Rn. 27.
- 27 VG Magdeburg v. 18.10.2016 – 5 A 525/16 MD, 10 mit Verweis auf BVerwG v. 5.5.2009 – 10 C 21/08, Rn. 7.
- 28 Dies liefe dem humanitären Charakter des Asyls zuwider. So in: VG Magdeburg v. 18.10.2016 – 5 A 525/16 MD, 10 mit Verweis auf BVerwG v. 5.5.2009 – 10 C 21/08, Rn. 7. Zusätzlich kommt einer ‚vorverfolgten‘ Person die Beweiserleichterung nach Art. 4 Abs. 4 QRL zugute, siehe z.B.: VG Berlin v. 13.4.2018 – VG 11 K 487.17 A, 10; VG Magdeburg v. 18.10.2016 – 5 A 525/16 MD, 10.
- 29 VG Würzburg v. 31.1.2018 – W 1 K 16.32648, Rn. 15, die genaue Begründung des Gerichts findet sich in Rn. 22 ff.

Diese Gefahr, so wird in den Entscheidungen deutlich, geht in Afghanistan überwiegend von nichtstaatlichen Akteur_innen³⁰ aus, namentlich der Taliban.³¹ Inwiefern sie jedoch als realisierbar gilt, hängt stark vom Einzelfall ab. Gezielte Übergriffe der Taliban seien aber immer als politische Auseinandersetzung zu qualifizieren, nicht als „privates Unrecht Dritter“. ³² Aufgrund des weitverzweigten Netzwerkes der Taliban, müsse genau geprüft werden, ob ein Umzug der betroffenen Person in Afghanistan überhaupt eine Lösung darstellen kann.³³ Befehlshaber³⁴ und bewaffnete Gruppen (wie die Taliban) als Urheber von Verfolgung agieren sowohl auf lokaler als auch zentraler Ebene, in einigen Fällen sind sie eng mit der örtlichen Verwaltung verbunden, manchmal verfügen sie sogar über Verbindungen zu mächtigeren und einflussreichen Akteur_innen einschließlich auf der zentralen Ebene und werden von diesen unterstützt.³⁵ Auch in Gegenden, in denen diese Akteur_innen nur sehr schwach vertreten sind, verfügen sie über ausgedehnte Netzwerke.³⁶ So bestünden beispielsweise Stammesnetzwerke in städtischen Gebieten, um etwa in den großen Flüchtlingscamps nahe Kabul Informationen zu sammeln; mindestens drei „Geheimdienste“ der Taliban mit insgesamt 1.500 Spitzeln ermöglichen weitere Informationssammlungen.³⁷ Gleiches gelte für Herat und Mazar-e Sharif.³⁸

Besonders gefährdet seien sogenannte „high profile attacks/targets“, hochrangige Ziele und Kollaborateur_innen wie Dolmetscher_innen, Auftragnehmer_innen und Lieferant_innen des Militärs und hochrangige Regierungsbeamten_innen, für die kein Auswei-

30 Neben der Taliban werden beispielsweise auch Dorfbewohner_innen oder eigene Familienmitglieder (Blut- oder Familienfehde) als nichtstaatliche Verfolgungsakteur_innen genannt, deren Verfolgungshandlung ebenfalls in eine Unmöglichkeit einer internen Schutzalternative münden kann. Verbünden sich diese z.B. zusätzlich mit der Taliban, steigt die Möglichkeit, dass die betroffene Person im ganzen Land ausfindig gemacht werden kann. Dies bezieht sich auf Schilderungen der Entscheidungen des VG Meiningen v. 16.3.2017 – 8 K 20395/16.Me, Rn. 2-8 und des VG Würzburg v. 23.1.2018 – W 1 K 16.32602, Rn. 24 und 33. Zudem bestehe bei einigen Klägern die Angst, als Deserteure des afghanischen Militärs bei einer Rückkehr durch den Staat bestraft zu werden. Da in Afghanistan keine Wehrpflicht bestehe und Deserteure vielmehr schon aufgrund der sehr hohen „attrition rate“ nach ihrer Rückkehr wieder an ihrem Ursprungsort in die Armee aufgenommen würden, sei eine Angst nur in bestimmten Einzelfällen berechtigt, vgl. BayVGH v. 27.5.2014 – 13a ZB 13.30309, Rn. 6; VG Würzburg v. 23.8.2017 – W 1 K 16.31894, Rn. 23, 29 und v. 18.7.2016 – W 2 K 15.30787, Rn. 25; VG Augsburg v. 9.9.2013 – Au 6 K 13.30065, Rn. 9.

31 Berichtet wird von Drohungen gegen Familienmitglieder oder die Kläger_in selbst, sie zu entführen oder zu töten, wenn beispielsweise eine Zusammenarbeit mit der Taliban verweigert wird (so in VG Augsburg v. 7.11.2016 – Au 5 K 16.31853, Rn. 4 und VG Trier v. 30.5.2016 – 6 K 726/16.TR, 2). Auch die Arbeit bei z.B. der NATO (VG Magdeburg v. 18.10.2016 – 5 A 525/16 MD, 2) oder die Tätigkeit im afghanischen Militär (VG Würzburg v. 5.7.2017 – W 1 K 16.31028, Rn. 2 und 34) können zu einer Bedrohung, Entführung u.ä. der Familie oder der Kläger_in selbst führen.

32 VG Berlin v. 13.4.2018 – VG 11 K 487.17 A, 9–10; vgl. auch VG Würzburg v. 17.1.2018 – W 1 K 16.32558, Rn. 26; VG Magdeburg v. 18.10.2016 – 5 A 525/16, Rn. 29.

33 VG Trier v. 30.5.2016 – 6 K 726/16.TR, 5.

34 Auf das Gendern wird in diesem Fall verzichtet, da sowohl die in Afghanistan agierende Taliban als auch andere regierungsfeindliche Elemente ausschließlich von Männern geführt werden (Befehlshaber).

35 VG Köln v. 12.12.2017 – 5 K 3242/17.A, 12; VG Hannover v. 26.7.2017 – 7 A 5879/16, 12; VG Magdeburg v. 18.10.2016 – 5 A 525/16 MD, 10.

36 VG Berlin v. 13.4.2018 – VG 11 K 487.17 A, 10.

37 VG Köln v. 12.12.2017 – 5 K 3242/17.A, 13.

38 Ebd., 16.

chen auf andere Landesteile möglich ist,³⁹ aber auch Personen, die z.B. nach ihrer Flucht in Deutschland weiter bedroht werden oder dessen Familienmitglieder auch seit Ankunft in Deutschland bedroht o.ä. werden und die damit ernsthafte Gegner_innen für die Taliban darzustellen scheinen.⁴⁰ Auch Familienmitglieder von Personen, die stets hochrangige Positionen innerhalb des Regierungsapparates (die Mitarbeit in solchen verstößt in eklatanter Weise gegen die Ideologie von Anti-Regierungskräften wie der Taliban) bekleidet haben, haben höhere Bekanntheit und stellen somit hochrangige Angriffsziele dar.⁴¹ Auch für den in Afghanistan erstarkenden sogenannten Islamischen Staat (IS) sei es möglich, solche hochrangigen ‚Ziele‘ ausfindig zu machen.⁴² Personen mit niedriger Priorität⁴³ seien nicht derart bedroht, beachte man den Aufwand, den es bedürfe, eine Person ausfindig zu machen.⁴⁴ Nichtsdestotrotz können Personen als „Beifang“ aufgespürt und zum „Gelegenheitsziel“ werden.⁴⁵ Die traditionelle Absicherung der Menschen in Afghanistan durch die Familie und Stammesverbände beispielsweise erleichtere der Taliban das Aufspüren von ‚Zielen‘, spreche sich doch durch die Kontaktierung der Hilfsnetzwerke eine Rückkehr schnell herum.⁴⁶ Nicht zu unterschätzen sei auch, dass Rückkehrer_innen aus dem westlichen Raum vor besonderen Hürden stehen, weil sie z.B. Geld von ihren Familien geliehen haben oder sich mit ihrer Flucht aus Afghanistan dem Machtanspruch der Taliban entzogen haben.⁴⁷

Einen angemessenen Schutz durch Behörden können Rückkehrer_innen in Afghanistan nicht erwarten.⁴⁸ Die Polizei sei generell schlecht ausgebildet und ausgerüstet, häufig werde desertiert, viele Polizist_innen seien korrupt und verfügten in der Bevölkerung kaum über Vertrauen.⁴⁹ Dass die Sicherheitsbehörden nicht einmal in Kabul, wo ihre Präsenz sehr hoch ist, fähig sind, Anschläge zu verhindern, zeige, dass der afghanische Staat bzw. seine Organe nicht in der Lage sind, ihre Bevölkerung ausreichend vor regierungsfeindlichen Kräften zu schützen.⁵⁰ Menschenrechtsverletzungen bleiben außerdem häufig ohne Sanktion; Grund dafür ist der schwache Zustand des Verwaltungs- und Rechtswesens.⁵¹ Hinzu kommt, dass es vielerorts keine Gerichte gibt, sondern Dorfälteste, die über das Schicksal einzelner Personen entscheiden.⁵²

39 VGH Bad.-Württ. v. 16.10.2017 – A 11 S 512/17, Rn. 103; vgl. VG Aachen v. 5.2.2018 – 7 K 2146/17.A, 8.

40 VG Berlin v. 9.1.2018 – VG 20 K 49.17 A, 13.

41 VG Würzburg v. 17.1.2018 – W 1 K 16.32558, Rn. 29.

42 VG Würzburg v. 5.9.2017 – W 1 K 16.31812, Rn. 26.

43 Über eine niedrigere Priorität verfüge dem Verwaltungsgericht Würzburg (VG Würzburg v. 11.8.2017 – W 1 K 16.31583, Rn. 2) zufolge bspw. eine Person, die mit der Familie immer wieder von der Taliban um Essen bedroht und dessen Bruder dann erschossen wurde, weil die Behauptung im Raum stand, dass die Familie die Taliban wegen Nahrungsklau und Diebstahl von Waffen angezeigt hatte, wenn dies auch nicht wahr ist.

44 VG Düsseldorf v. 27.6.2016 – 18 K 8370/14.A, Rn. 31 ff.

45 VG Berlin v. 9.1.2018 – VG 20 K 49.17 A, 11; VG Köln v. 12.12.2017 – 5 K 3242/17.A, 10 f.

46 VG Bremen v. 10.10.2017 – 3 K 2905/16, Rn. 40; vgl. auch NdsOVG v. 28.7.2014 – 9 LB 2/13, Rn. 30; VG Berlin v. 9.1.2018 – 20 K 49.17 A, 12.

47 VGH Bad.-Württ. v. 16.10.2017 – A 11 S 512/17, Rn. 254 ff.

48 VG Berlin v. 9.1.2018 – VG 20 K 49.17 A, 13; VG Bremen v. 10.10.2017 – 3 K 2905/16, Rn. 43; VG Trier v. 30.5.2016 – 6 K 726/16.TR, 5.

49 VG Berlin v. 13.4.2018 – VG 11 K 487.17 A, 11 und v. 9.1.2018 – VG 20 K 49.17 A, 13.

50 VG Berlin v. 13.4.2018 – VG 11 K 487.17 A, 10.

51 VG Hannover v. 26.7.2017 – 7 A 5879/16, 11.

52 VG München v. 14.7.2017 – M 18 K 17.30384, Rn. 4.

3. Zumutbarkeit

Bei der Auswertung der Urteile wird deutlich, dass sich nicht immer eine klare Grenze zwischen allgemeinen und persönlichen Umständen in der Prüfung der Zumutbarkeit ziehen lässt. Vielmehr greifen beide ineinander über. Grundsätzlich sind sich die Gerichte einig, dass sich junge, gesunde, alleinstehende Männer ihr Existenzminimum in den größeren afghanischen Städten sichern können.⁵³ Diese Männer seien in der Lage, auf dem hart umkämpften Arbeitsmarkt einen Job zu finden, v.a. wenn die betroffenen Personen ihr bisheriges Leben in Afghanistan verbracht haben und z.B. in Deutschland eine Lehre begonnen haben, die dem Handwerk zuzuordnen ist, da es im Baugewerbe für Rückkehrer_innen am ehesten möglich sei, einen Job zu finden.⁵⁴ Ist man zudem noch ledig und hat weder Unterhaltspflichten noch eine Familie, die man unterstützen muss, begünstige dies eine mögliche Rückkehr.⁵⁵ Diesem Personenkreis sei es auch ohne nennenswertes Vermögen und ohne familiären Rückhalt möglich, in Großstädten wie Kabul durch Gelegenheitsarbeiten wenigstens ein kleines Einkommen zu erzielen und sich damit zumindest ein Leben am Rande des Existenzminimums zu finanzieren.⁵⁶ Darüber hinaus sei es sehr wahrscheinlich, dass Personen, die es bis nach Europa schaffen, über soziale Kompetenzen wie Durchsetzungsvermögen und Kommunikationsfähigkeiten verfügen, die auf dem afghanischen Arbeitsmarkt mehr zählen als beispielsweise eine absolvierte Ausbildung, da es üblich sei, dass die Familie das stärkste Mitglied ins Ausland sendet, um die Familie wirtschaftlich zu unterstützen.⁵⁷

Häufig weisen Gerichte zudem auf Rückkehr- und Starthilfen für freiwillige Rückkehrer_innen und Reintegrationsprogramme wie ERIN hin und unterstreichen, dass solche am Anfang hilfreich sein können.⁵⁸ Einige Gerichte kritisieren jedoch, dass z.B. der tatsächliche Abruf der ERIN-Programme begrenzt sei,⁵⁹ die Rückkehrhilfen keine ausreichende Lebensgrundlage für eine Familie mit Kindern bilden⁶⁰ und auch die Hilfen der internationalen Organisationen meistens so stark eingeschränkt seien, dass beispielsweise

53 BayVGH in seiner st. Rspr. und in seinen gefassten Beschlüssen, kürzlich v. 6.4.2017 – 13a ZB 17.30254, Rn. 9; NdsOVG v. 19.9.2016 – 9 LB 100/15, Rn. 76 f. und v. 20.7.2015 – 9 LB 320/14, Rn. 8; OVG NRW v. 8.6.2016 – 13 A 1222/16.A, Rn. 10 und v. 26.8.2014 – 13 A 2998/11.A, Rn. 259 ff.; VGH Bad.-Württ. v. 27.4.2012 – A 11 S 3079/11, Rn. 33 ff.; SächsOVG v. 21.10.2015 – 1 A 144/15.A, Rn. 5; ebenso die st. Rspr. der 9. Kammer des VG Berlin, vgl. zuletzt etwa v. 1.6.2017 – VG 9 K 74.16 A – UA, 10 und v. 25.4.2017 – VG 9 K 109.16 A – UA, 8 sowie v. 1.2.2017 – VG 9 K 188.16 A, n.v. und des VG Würzburg wie etwa v. 5.7.2017 – W 1 K 16.31028, Rn. 33; vgl. auch VG Düsseldorf v. 27.6.2016 – 18 K 8370/14.A, Rn. 28.

54 VG Augsburg v. 27.4.2017 – Au 5 K 17.31136, Rn. 41 und v. 7.11.2016 – Au 5 K 16.31853, Rn. 39.

55 VG Augsburg v. 27.4.2017 – Au 5 K 17.31136, Rn. 41 und v. 7.11.2016 – Au 5 K 16.31853, Rn. 39.

56 Vgl. z.B. st. Rspr. BayVGH v. 19.6.2017 – 13a ZB 17.30400, Rn. 15; v. 6.4.2017 – 13a ZB 17.30254, Rn. 12 f.; v. 23.1.2017 – 13a ZB 17.30044, Rn. 5; v. 27.7.2016 – 13a ZB 16.30051, Rn. 4; OVG NRW v. 3.3.2016 – 13 A 1828/09.A, Rn. 73; SächsOVG v. 21.10.2015 – 1 A 144/15.A, Rn. 5; NdsOVG v. 20.7.2015 – 9 LB 320/14, 8; so übernommen von z.B. VG Würzburg v. 22.1.2018 – W 1 K 16.32611, Rn. 43 und v. 11.8.2017 – W 1 K 16.31583, Rn. 44.

57 VG Berlin v. 11.9.2017 – VG 17 K 329.17 A, 13.

58 VGH Bad.-Württ. v. 16.10.2017 – A 11 S 512/17, Rn. 272 ff.; VG Augsburg v. 27.4.2017 – Au 5 K 17.31136, Rn. 50.

59 VGH Bad.-Württ. v. 16.10.2017 – A 11 S 512/17, Rn. 284.

60 BayVGH v. 23.3.2017 – 13a B 17.30030, Rn. 24; so auch in: VG Lüneburg v. 8.1.2018 – 3 A 207/16, Rn. 63.

eine Unterbringung in Unterkünften nur für einen kurzen Zeitraum möglich ist.⁶¹ Zudem berge ein Aufenthalt dort das Risiko, als Rückkehrer_in von z.B. der Taliban identifiziert zu werden.⁶²

Das Verwaltungsgericht Berlin schließt die Möglichkeit der Existenzsicherung in Herat im Gegensatz zu Kabul generell aus. Eine dauerhafte Existenzsicherung sei niemandem möglich, da die humanitäre Lage überaus bedenklich sei, die Anzahl an Binnenvertriebenen überaus hoch und auch hier die Regierung unfähig sei, die Bevölkerung vor Verfolgung zu schützen, was sich u.a. auch auf den Arbeitsmarkt auswirke.⁶³ In den genannten Provinzen Panjshir und Bamyan, also den ländlichen Regionen, könne eine Person sich ihre wirtschaftliche Existenz ohne familiäres Netzwerk nicht sichern.⁶⁴

Das persönliche Risikoprofil einer Person gestaltet sich der Rechtsprechung nach besonders günstig, wenn die Kläger_in über gesteigerte Leistungsfähigkeit durch z.B. langjährige Schulbildung und große Unterstützung der Familie verfügt.⁶⁵ Diese Faktoren lassen eine Person als finanzstark einstufen, genauso wie die wirtschaftliche Situation der Familie und die Bezahlung der Flucht der Kläger_in.⁶⁶ Dabei solle aber beachtet werden, dass eine Familie bei der Rückkehr Hilfe nur in ihren Grenzen des Möglichen leisten kann.⁶⁷ Besteht das familiäre Netzwerk dort, wo die flüchtlingsrelevante Verfolgung stattfand, seien die Verbindungen kaum beachtlich.⁶⁸ Demgegenüber kann sich ein starker familiärer Rückhalt in der Entwicklung auch ‚negativ‘ auf das Profil der betroffenen Person auswirken. Macht die Kläger_in einen instabilen und unerfahrenen Eindruck, ist ihr Denken scheinbar sehr stark auf ihre Familie ausgerichtet und hat sie ihr Leben bisher nie allein organisiert, verfügt über keinerlei Berufserfahrung außerhalb der Familie, wird es für sie kaum möglich sein, in Kabul oder anderswo in Afghanistan für sich zu sorgen.⁶⁹ Ebenfalls negativ auf das persönliche Profil wirkt sich aus, wenn eine Person nicht gesund ist, d.h. eine ärztliche Stellungnahme belegt, dass sie physisch oder psychisch stark beeinträchtigt ist; eine beispielsweise psychisch belastete Person könne dem Druck auf dem Arbeitsmarkt in Kabul nicht standhalten.⁷⁰ Zusätzlich müsse eine Kläger_in, die auf Medikamente angewiesen ist, noch mehr verdienen als ‚normal‘, da trotz gesetzlich festgelegter kostenloser medizinischer Versorgung in Afghanistan eine solche nur in den seltensten Fällen gewährleistet ist; vielmehr müsse ein Privatrezept beschafft und kosten-

61 VGH Bad.-Württ. v. 16.10.2017 – A 11 S 512/17, Rn. 286 ff.

62 VGH Bad.-Württ. v. 16.10.2017 – A 11 S 512/17, Rn. 286 ff.

63 VG Berlin v. 11.9.2017 – VG 17 K 329.17 A, 9.

64 NdsOVG v. 28.7.2014 – 9 LB 2/13, Rn. 36 ff.; VG Köln v. 12.12.2017 – 5 K 3242/17.A, 17; VG Bremen v. 10.10.2017 – 3 K 2905/16, Rn. 45.

65 VG Berlin v. 11.9.2017 – VG 17 K 329.17 A, 14.

66 War die Finanzierung der Flucht unproblematisch und besitzt die Familie in Afghanistan z.B. Geschäfte, die ein regelmäßiges Einkommen generieren, befinde sich die Kläger_in in einer guten wirtschaftlichen Lage (VG Düsseldorf v. 27.6.2016 – 18 K 8370/14.A, Rn. 30).

67 VG Berlin v. 11.9.2017 – VG 17 K 329.17 A, 13.

68 VGH Bad.-Württ. v. 16.10.2017 – A 11 S 512/17, Rn. 323.

69 VG Berlin v. 11.9.2017 – VG 17 K 329.17 A, 15.

70 Vgl. VG Würzburg v. 23.1.2018 – W 1 K 16.32602, Rn. 36 und v. 5.7.2017 – W 1 K 16.31028, Rn. 35. Hier heißt es: Verfügt eine Person z.B. über eine schwere depressive Episode mit hochgradigen Schlafstörungen, erheblichen Konzentrationsschwierigkeiten und psychomotorischer Unruhe und bedarf es deshalb einer längerfristigen antidepressiv-medikamentösen Behandlung, ist die psychische und körperliche Leistung der Kläger_in stark gemindert.

pflichtig in einer Apotheke eingelöst werden.⁷¹ Die Möglichkeiten der Behandlung psychischer Erkrankungen seien zudem stark eingeschränkt bis nicht vorhanden (insb. im ländlichen Raum).⁷² Auch als physisch bzw. körperlich beeinträchtigte Person sei es schwierig, auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen, sind doch gerade körperlich anstrengende Hilfsarbeiten oft die einzige Möglichkeit der Einkommenssicherung für Rückkehrer_innen.⁷³ Sichtbare Narben legten sogar den Verdacht nahe, die Person habe an Kampfhandlungen mitgewirkt, weshalb sie Gefahr laufe, einen Arbeitsplatz nur zu bekommen, um sie als feindliche_n Kämpfer_in anzuwerben oder um sie zur Rechenschaft zu ziehen.⁷⁴ Besonders strittig ist die Frage, ob sich ein längerer Aufenthalt in Europa begünstigend auf die Erwerbsperspektive auswirkt.⁷⁵ Unstrittig ist, wie bereits in den Vorbetrachtungen erwähnt, dass besonders vulnerable Personen einer spezifischen Gefahrenlage ausgesetzt seien und so eine Abschiebung dieser Personengruppe nach Afghanistan nicht zumutbar wäre.⁷⁶

Gemäß Art. 6 GG sei zu beachten, dass ein Kläger nicht als alleinstehender Mann gewertet werden kann, wenn seine Frau und Kinder noch in Afghanistan leben und die Trennung von seiner Familie kein autonomer Entschluss war, sondern die Folge der Verfolgung durch z.B. die Taliban.⁷⁷ Würde man ihn dennoch nach Kabul abschieben, kann von der Frau nicht verlangt werden, ihn dort zu besuchen, da eine unbegleitete Frau mit Kindern in ganz Afghanistan vielfältigen Gefährdungen ausgesetzt ist.⁷⁸

Schließlich stellt sich noch die Frage, ob ein_e sogenannte_r faktische_r Iraner_in (eine als Kind von Afghanen im Iran geborene Person bzw. eine Person, die die längste Zeit ihres Lebens im Iran gelebt hat, weil die Eltern schon im Kindesalter in den Iran geflohen sind) ihre/seine Existenz in Afghanistan sichern kann? Die Rechtsprechung geht davon aus, dass dies jedenfalls in Kabul möglich sei.⁷⁹ Es sei nicht ersichtlich, dass es für eine_n im Iran aufgewachsene_n afghanische_n Staatsangehörige_n grundsätzlich nicht oder

71 VG Würzburg v. 23.1.2018 – W 1 K 16.32602, Rn. 36 und v. 5.7.2017 – W 1 K 16.31028, Rn. 35.

72 VG Köln v. 12.12.2017 – 5 K 3242/17.A, 17.

73 VG Würzburg v. 23.1.2018 – W 1 K 16.32602, Rn. 35.

74 VGH Bad.-Württ. v. 16.10.2017 – A 11 S 512/17, Rn. 309 ff.

75 Diesen Entscheidungen nach sei dies so: OVG NRW v. 20.7.2015 – 13 A 1531/15 A, Rn. 18; BayVGH v. 13.5.2013 – 13a B 12.30052, Rn. 12; auch in VG Augsburg v. 8.1.2018 – Au 5 K 17.31783, Rn. 37; VG Würzburg v. 11.8.2017 – W 1 K 16.31583, Rn. 35 und v. 11.8.2017 – W 1 K 16.31645, Rn. 25 ff.; VG Berlin v. 14.6.2017 – VG 16 K 207.17.A), Rn. 49; eine Rückkehr scheitere nicht an einem langjährigen Aufenthalt in Europa: BayVGH v. 4.1.2017 – 13a ZB 16.30600, n.v. Vehement widerspricht dem der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof (VGH Bad.-Württ. v. 16.10.2017 – A 11 S 512/17, Rn. 309 ff.): Weder eine begonnene Ausbildung in Deutschland noch dort erlangte Sprachkenntnisse sind in Afghanistan im Einzelfall von Vorteil, würde die Person nämlich die entsprechenden Unterlagen vorlegen, um z.B. eine Ausbildung nachzuweisen, gebe sie ihre Identität preis (beachtlich v.a. bei einer Verfolgung durch die Taliban).

76 VG Augsburg v. 27.4.2017 – Au 5 K 17.31136, Rn. 49. Auch die Frau an sich sei vulnerabel. Sie gehört zur bestimmten sozialen Gruppe der afghanischen Frau, deren Identität aufgrund eines längeren Aufenthalts in Europa westlich geprägt ist, weshalb sie besonderer Gefährdung ausgesetzt sei. Frauen benötigen generell die Unterstützung der Familie oder des Clans, da sonst ein hohes Risiko bestehe, dass sie ihre Kinder bzw. ihre Familie durch Arbeit unterstützen müssten (VG München v. 14.7.2017 – M 18 K 17.30384, Rn. 32).

77 VGH Bad.-Württ. v. 16.10.2017 – A 11 S 512/17, Rn. 299 ff.

78 VGH Bad.-Württ. v. 16.10.2017 – A 11 S 512/17, Rn. 299 ff.

79 BayVGH v. 12.4.2017 – 13a ZB 17.30230, Rn. 7 sowie v. 4.1.2017 – 13a ZB 16.30600, Rn. 17 und auch v. 20.12.2016 – 13a ZB 16.30129, Rn. 10; NdsOVG v. 27.4.2016 – 9 LA 46/16, BA, 6 ff. (Einzelfallprüfung); ebenso VG München v. 2.5.2017 – M 17 K 17.31275, Rn. 49 und v. 9.3.2017 – M 17

sehr viel schwerer als andere Rückkehrer_innen möglich wäre, den Lebensunterhalt zu bestreiten, da auch im Iran das Leben islamisch geprägt sei, zudem die Hauptsprachen sich sehr ähnlich seien.⁸⁰

4. Erreichbarkeit

Kabul sei auf dem Luftweg sicher und legal zu erreichen.⁸¹ Herat und Mazar-e Sharif, als neben Kabul immer wieder genannte Orte eines möglichen internen Schutzes, könne man sicher und legal über den Flughafen in Kabul mit einem Inlandsflug erreichen.⁸² Anders gestalte es sich in der ländlichen Region. Bamyan sei tatsächlich nicht erreichbar, da seit 2014 zunehmend Kontrollen von regierungsfeindlichen Truppen wie der Taliban auf den Haupttransport- und -zufahrtsstraßen durchgeführt würden.⁸³ Entführungen, Geiselnahmen und Hinrichtungen von Zivilist_innen im Schnellverfahren seien ein tägliches Bild auf den Straßen, und die Bedrohung wachse weiter.⁸⁴

5. Niederlassung

Zur Niederlassung am Ort des internen Schutzes findet sich kaum etwas in den untersuchten Urteilen. Eine entsprechende Leitentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts könnte Abhilfe schaffen, steht aber noch aus. Einzig wird in einigen Urteilen genauer betrachtet, wie sich die ethnischen Gruppen in Afghanistan in bestimmten Städten und der ländlichen Region verteilen, um feststellen zu können, ob von der Person überhaupt erwartet werden kann, dass sie sich dort niederlässt. In Kabul dominiere keine Volksgruppe.⁸⁵ Bamyan hingegen sei zu 70 Prozent von Hazara bewohnt, womit es für Zugehörige anderer Volksstämme schwierig sei, dort Fuß zu fassen; zudem sei die Provinz im Zentralgebirge von starker Abwanderung der Jugend betroffen, wofür starke Armut und die schleppende Entwicklung sowie der Mangel an Erwerbsmöglichkeiten ursächlich seien.⁸⁶ Das erschwere eine Niederlassung trotz ethnischer Zugehörigkeit auch für Hazara.

K 16.35022, Rn. 25; 9. Kammer des VG Berlin v. 9.3.2016 – VG 9 K 474.13 A, n.v. und v. 24.2.2016 – VG 9 K 487.14 A, n.v.

80 VG Berlin v. 14.6.2017 – VG 16 K 207.17.A, Rn. 50. Es bestünden jedoch auch Ausnahmefälle, wenn die Kläger_in z.B. eine „labile Persönlichkeit“ habe (VG Hamburg v. 10.1.2017 – 10 A 6516/16, Rn. 24), oder der_diejenige sehr jung sei und über geringe Kommunikationsfähigkeit und Belastbarkeit verfüge (VG Berlin v. 25.4.2017 – VG 9 K 336.16 A – UA, 10). Kein Ausnahmefall liege ausdrücklich vor, wenn die Kläger_in über viele Verwandte in Europa und im Iran verfügt, mit deren Unterstützung sie sicher rechnen könne (VG Berlin v. 14.6.2017 – VG 16 K 207.17.A, Rn. 52 mit Verweis auf BVerwG v. 29.9.2011 – 10 C 24.10, Rn. 26, in dem dieser Umstand Berücksichtigung findet).

81 NdsOVG v. 19.9.2016 – 9 LB 100/15, 19; so aufgenommen v. VG Lüneburg v. 20.2.2018 – 3 A 17/17, Rn. 32.

82 VG Würzburg v. 5.12.2017 – W 1 K 16.32437, Rn. 27.

83 VGH Bad.-Württ. v. 16.10.2017 – A 11 S 512/17, Rn. 318–320.

84 So gab es z.B. einen Überfall zweier Busse in Sar-e Pol, die „Straße des Todes“ genannt, einer Zentralregion, die man auf dem Weg nach Bamyan durchqueren muss, auf der zusätzlich überall Landminen und improvisierte Sprengfallen zu finden sind (VGH Bad.-Württ. v. 16.10.2017 – A 11 S 512/17, Rn. 318–320).

85 VG Berlin v. 14.6.2017 – VG 16 K 207.17.A, Rn. 49.

86 VG Bremen v. 10.10.2017 – 3 K 2905/16, Rn. 49.

Panjshir – als weitere ländliche Region – sei zu 98 Prozent von Tadschiken bewohnt und ebenso rural und schlecht entwickelt wie Bamyan, weshalb Ähnliches zutrefte.⁸⁷

6. Zwischenfazit

Bei der Auswertung der Entscheidungen wird deutlich, dass sich die Gerichte bei der Prüfung des internen Schutzes nicht an dem aus der Literatur und den Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts erarbeiteten Maßstab orientieren, vielmehr prüfen sie nur die für den Einzelfall relevant erscheinenden Punkte. Dadurch wirken die Urteile uneinheitlich, die Prüfung nahezu willkürlich. Zu rudimentär und selten wird beispielsweise die tatsächliche Erreichbarkeit einer internen Schutzalternative geprüft, wobei sich die Frage nach der Erreichbarkeit gerade im Falle ruraler Gebiete wie Bamyan und Panjshir dringend stellt. Vereinzelt fällt auf, dass in der Urteilsfindung bei der Prüfung der Gefahrenprognose auf eine beachtliche Wahrscheinlichkeit abgestellt wird, die mit 0,125 Prozent in Afghanistan zu gering sei, um davon ausgehen zu können, dass ein Mensch bei seiner Rückkehr Opfer z.B. eines Anschlages werden kann.⁸⁸ Die unterschiedlichen Wahrscheinlichkeitsmaßstäbe, wie sie ursprünglich bestanden, wurden aber mit der QRL 2011/95/EU durch ein Begriffssystem, nämlich begründete Furcht und tatsächliche Gefahr, ersetzt,⁸⁹ was nun von manchen Gerichten ignoriert zu werden scheint. Die These, dass eine Gefahrendichte weit unter 50 Prozent bedeutungslos ist, würde bedeuten, dass im Vergleich dazu das Bombardement von Dresden im Zweiten Weltkrieg, das weite Teile der Stadt zerstörte, mit 10,6 Prozent ebenfalls weit von der beachtlichen Wahrscheinlichkeit entfernt gewesen wäre.⁹⁰

Fällt der Blick nun auf Empfehlungen des UNHCR zum internen Schutz für afghanische Staatsangehörige, werden die Mängel der deutschen Rechtsprechung bei der Prüfung des internen Schutzes noch deutlicher. Dazu stellt sich aber erst die Frage, ob bzw. inwiefern deutsche Gerichte an Richtlinien des UNHCR gebunden sind.

IV. Der interne Schutz nach UNHCR

1. Bindungswirkung von UNHCR-Richtlinien?

Deutschland erkennt den UNHCR und seine Aufgaben, zu denen er durch Art. 8 und 35 Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 (GFK) und ihrem Protokoll aus dem Jahre 1967 mandatiert ist, durch den Beitritt zur Konvention und dem Protokoll an. Entspringen Ausdeutungen wie die Richtlinien des UNHCR internationalen Gerichten, kommt ihnen

⁸⁷ VG Bremen v. 10.10.2017 – 3 K 2905/16, Rn. 50–51.

⁸⁸ So in: VG Osnabrück v. 28.11.2017 – 1 A 156/17, 6; vgl. auch BayVGH v. 28.3.2017 – 13a ZB 17.30212, Rn. 5; v. 23.5.2017 – 13a ZB 17.30314, Rn. 6 ff. und v. 25.1.2017 – 13a ZB 16.30374, Rn. 9.

⁸⁹ Vgl. dazu Lehmann (Fn. 11), 508 und BVerwG v. 5.5.2009 – 10 C 21.08, Rn. 23.

⁹⁰ So argumentiert Tiedemann (ehem. Verwaltungsrichter), zitiert nach Biermann/Jestadt/Schmolke, Die kalte Rechnung des Innenministers, Zeit Online 17.11.2016, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-11/afghanistan-bamf-asyl-abschiebung-gefahr-innenministerium/komplettansicht> (letzter Abruf: 13.7.2018).

einer Leitwirkung zu.⁹¹ Da der UNHCR nicht gerichtsförmig organisiert ist und die GFK an sich keine direkte Bindungswirkung für Empfehlungen, Stellungnahmen und Richtlinien des UNHCR vorsieht, können die genannten Aussagen nicht direkt auf diese übertragen werden.⁹² Art. 35 GFK legt jedoch ein Kooperationsverhältnis zwischen dem UNHCR und den Staaten, die dem Abkommen beigetreten sind, fest. Zudem verpflichten sich die Staaten und damit auch Deutschland in Art. 35 Abs. 1 GFK „zur Zusammenarbeit mit dem Amt des UNHCR bei der Ausübung seiner Befugnisse“, was weiter in Art. 8 GFK ausformuliert wird: Der UNHCR soll demnach nicht nur den Abschluss und die Ratifizierung von internationalen Abkommen zum Schutz der Flüchtlinge überwachen, sondern auch die Ausführung, notfalls Verbesserungsvorschläge vorbringen.⁹³ UNHCR-Richtlinien haben daher eine Orientierungsfunktion, da der UNHCR das vertraglich vorgesehene Überwachungsorgan der GFK ist.⁹⁴

Diesbezüglich wird – an die Entscheidungen *Görgülü* und *La Grand/Avena* anknüpfend – vertreten, dass die Berücksichtigungspflicht auch auf die völkerrechtlich unverbindlichen Mitteilungen nicht-gerichtlicher Streitbeilegungsinstanzen zu erstrecken ist.⁹⁵ Das Bundesverfassungsgericht hat dazu unterschiedliche Auffassungen vertreten. 2014 hat es Publikationen des UNHCR zwar als beachtliche Rechtsauffassung zur Auslegung der GFK anerkannt und die Mitwirkung des UNHCR an der Vereinheitlichung der Rechtsanwendung in den Vertragsstaaten als erstrebenswertes Ziel genannt, jedoch klargestellt, dass es keine verfassungsrechtlich verankerte Pflicht der nationalen Gerichte zur Anwendung von Richtlinien des UNHCR bei der Auslegung des materiellen Flüchtlingsrechts oder des Asylverfahrensrechts gibt.⁹⁶ In einem anderen Urteil begründet das Bundesverfassungsgericht das Bestehen einer solchen Berücksichtigungspflicht hingegen damit, dass die jeweiligen Instanzen völkerrechtlich zur Konkretisierung der jeweiligen vertraglichen Bestimmung berufen sind.⁹⁷ Hierin spiegelt sich die Unterscheidung in eine völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Berücksichtigungspflicht; erstere erkennt das Gericht an. Ein Grund, die Rechtsauffassung von nicht-gerichtsförmigen Überwachungsorganen „anders zu behandeln als solche, die in völkerrechtlich verbindlichen Entscheidungen gegenüber anderen Vertragsparteien geäußert werden“, sei nicht vorhanden.⁹⁸ Vielmehr fällt die bereits erwähnte Kooperationspflicht, die Staaten völker- und unionsrechtlich verpflichtet, bei einer Abweichung von Empfehlungen des UNHCR mit

91 Viellechner, Berücksichtigungspflicht als Kollisionsregel, in: Hong/Matz-Lück (Hrsg.), Grundrechte und Grundfreiheiten im Mehrebenensystem – Konkurrenzen und Interferenzen, Berlin 2011, 109-159. Das Bundesverfassungsgericht hat dies für die deutsche Rechtsprechung in den Entscheidungen *Görgülü* (BVerfG v. 14.10.2004 – 2 BvR 1481/04, NJW 2004, 3407 ff. und EGMR, *Görgülü v. Germany* v. 26.2.2004 – 74969/01) und *LaGrand/Avena* (BVerfG v. 19.9.2006 – 2 BvR 2115/01) bestätigt.

92 Fischer-Lescano/Horst, Das Pönalisierungsverbot aus Art. 31 I GFK, ZAR 2011, 81-90 (84).

93 Ebd.

94 Ebd., 85.

95 Ebd., gestützt auf: Stefan Lorenzmeier, Völkerrechtswidrigkeit der Einführung von Studienbeiträgen und deren Auswirkungen auf die deutsche Rechtsordnung, NVwZ 2006, 759 ff. (761), in dem dem Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte eine Orientierungswirkung in dem analysierten Urteil zugestanden wird.

96 BVerfG v. 8.12.2014 – 2 BvR 450/11, Rn. 45 f.

97 BVerfG v. 12.3.2008 – 2 BvR 378/05 (im Hinblick auf Unterstützungshandlungen zum Terrorismus).

98 Viellechner (Fn. 91), V. 1.

diesem in Verhandlung zu treten, auch mit der verfassungsrechtlichen Berücksichtigungspflicht zusammen.⁹⁹ Die Zurückhaltung des Bundesverfassungsgerichts scheint daher sehr fraglich. Im Hinblick auf die völkerrechtliche Rechtsquellenlehre ist außerdem Art. 38 des Statuts des Internationalen Gerichtshofes und Art. 31 der Wiener Vertragskonvention zu beachten, wonach es sich bei der Berücksichtigung von UNHCR-Richtlinien um eine Spruchpraxis der Normenkonkretisierung handelt, da sie durch die gerichtliche Praxis vieler Staaten immer wieder bestätigt wird.¹⁰⁰ Die deutschen Gerichte sind somit im Zuge ihrer Kooperationspflicht aus Art. 35 GFK und aus dem Unions- und Völkerrecht zur Berücksichtigung von UNHCR-Richtlinien verpflichtet.

2. Berücksichtigung der UNHCR-Richtlinie durch deutsche Gerichte?

Vergleicht man die Gerichtsentscheidungen nun mit dem Maßstab des UNHCR, der sich aus den Richtlinien zur Feststellung des internationalen Schutzbedarfs afghanischer Asylsuchender von 2016¹⁰¹ ergibt, wird deutlich, dass die Wichtigkeit traditioneller Unterstützungsnetzwerke, wie sie der UNHCR herausgearbeitet hat, in den deutschen Urteilen nur wenig Beachtung finden. Denn auch wenn der UNHCR der Aussage zustimmt, dass alleinstehende, gesunde junge Männer auch ohne ein solches Netzwerk ihre Existenz in Afghanistan sichern können, zeigt sich, dass dies stark vom Einzelfall abhängig ist, denn dann müssen die notwendige Infrastruktur sowie Erwerbsmöglichkeiten vorhanden sein. Das bedingt wiederum die Anwesenheit von irgendeiner Form von Unterstützungsnetzwerken. In diesem Zusammenhang wird von den deutschen Gerichten zudem eine tatsächliche Unterstützungsfähigkeit oft einfach angenommen. Die Frage, ob Familienangehörige überhaupt willens oder in der Lage sind, wird nur selten gestellt. Der

⁹⁹ Fischer-Lescano/Horst (Fn. 92), 85.

¹⁰⁰ Ebd., mit Verweis auf einen ausführlichen Überblick über die Gerichtspraxis: Kälén: Supervising the 1951 Convention on the Status of Refugees: Art. 35 and beyond, Background Paper for the 2nd Expert Roundtable in Cambridge UK (9.-10.7.2001) as Part of the Global Consultations on International Protection in the Context of the 50th Anniversary of the 1951 Convention Relating to the Status of Refugees, http://www.en.refugeelawreader.org/index.php?option=com_docman&task=doc_download&lang=en&gid=678 (letzter Abruf: 3.7.2018) und auch die Entscheidung der ehemaligen Schweizerischen Asylrechtskommission (ARK): EMARK 2006/18-198.

¹⁰¹ UNHCR, Richtlinien zur Feststellung des internationalen Schutzbedarfs afghanischer Asylsuchender, UNHCR 19.4.2016, http://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/04/AFG_042016.pdf (letzter Abruf: 19.5.2018), 82 ff. 2013 schnitt der UNHCR erstmalig seine Richtlinien der internen Flucht- und Neuansiedlungsalternative, also des internen Schutzes, auf Afghanistan zu. 2016 und nun auch 2018 aktualisierte er diese mit Blick auf die sich verschlechternde Sicherheitslage in Afghanistan und die divergierende Entscheidungspraxis der Mitgliedstaaten in der Anwendung des internen Schutzes, die er beklagt. Nach der Auswertung der ausgewählten Urteile wurden vom UNHCR neue Richtlinien für afghanische Asylsuchende veröffentlicht (UNHCR, Eligibility guidelines for assessing the international protection needs of asylum-seekers from Afghanistan, 30.8.2018, https://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/dokumente/Dateien_fuer_Meldungen/180830_UNHCR_Afghanistan_Eligibility.pdf (letzter Abruf: 18.10.2018)), die die Sicherheits- und humanitäre Lage in Afghanistan nun auf ihrem schlimmsten Stand sehen und noch weitreichendere Einschränkungen zur Annahme einer internen Schutzalternative treffen. Es wäre deshalb interessant zu untersuchen, inwiefern sich seit Veröffentlichung dieser Guidelines die Gerichtsentscheidungen verändert haben und ob überhaupt; wenn nicht, sei dies in Anbetracht der Ausführungen zur Berücksichtigungspflicht von UNHCR-Richtlinien scharf zu kritisieren und völker- bzw. unionsrechtswidrig.

Fakt, dass Rückkehrer_innen Stigmatisierung und Diskriminierung ausgesetzt sein können, weshalb sie keine Hilfe der Familie erwarten können, findet gänzlich keine Beachtung. Desweiteren bestätigt der UNHCR die Aussagen der Kläger, dass genau diese Gruppe der jungen gesunden Männer bei einer Rückkehr nach Afghanistan Gefahr läuft, von regierungsfeindlichen Kräften zwangsrekrutiert zu werden. Das widerspricht diametral den Behauptungen einiger Gerichte.¹⁰² Dabei, so der UNHCR, sei es zudem nicht entscheidend, wo im Land man sich aufhalte; wenn man sich der Unterstützung verweigere, werde man entweder getötet oder auf andere Weise bestraft. Damit wird für die Gruppe, die die deutsche Rechtsprechung als rückkehrfähig einstuft, dies gänzlich in Frage gestellt.

Zu besonders schutzbedürftigen Personen zählt der UNHCR in seinen Richtlinien auch ethnische Minderheiten, wie die Volksgruppe der Hazara. Ihnen muss innerhalb der Prüfung einer internen Schutzmöglichkeit daher besondere Beachtung geschenkt werden, da sie spezifischen Gefahren ausgesetzt sind. Auch hier versäumt die deutsche Rechtsprechung in großen Teilen, dies zu tun, und verweist sie genauso wie z.B. Pashtunen, als größte Volksgruppe in Afghanistan, ohne weitere Ausführungen auf Kabul oder sogar Bamyan, welches schon aufgrund seiner schlechten Entwicklung keine Existenzsicherung ermöglicht. Urteilsbegründungen, wie die des Verwaltungsgerichts Augsburgs, die eine Schutzalternative für nicht-vulnerable Personen in Kabul begründen, können so nicht bestehen: „Hieran vermögen auch die Anmerkungen des UNHCR zur Situation in Afghanistan auf Anfrage des Deutschen Bundesministeriums des Innern vom Dezember 2016 nichts ändern. Stellungnahmen und Einschätzungen von Organisationen wie UNHCR und Pro Asyl beruhen auf von diesen Organisationen selbst angelegten Maßstäben, die nicht den von der Rechtsprechung gestellten Anforderungen an die Annahme eines innerstaatlichen bewaffneten Konflikts entsprechen.“¹⁰³ Gerichte, die solche Aussagen treffen, verstoßen gegen das Kooperationsverbot aus Art. 35 GFK und dem Unionsrecht, das eine Beachtung der UNHCR-Richtlinien vorsieht, und damit gegen Europa- und Völkerrecht.¹⁰⁴

V. Menschenrechtliche Grenzen

Vor der aktuell prekären humanitären und Sicherheitslage in Afghanistan stellt sich außerdem die Frage, ob Abschiebungen auf Basis der Annahme eines internen Schutzes in Afghanistan nicht grundlegend menschenrechtswidrig sind. Sie könnten gegen das *Refoulement*-Verbot verstoßen, also das Verbot, Personen in ein Staatsgebiet abzuweisen, auszuweisen oder auszuliefern, indem ihre elementarsten Menschenrechte in Gefahr

102 OVG NRW v. 26.8.2014 – 13 A 2998/11.A, Rn. 81 ff.; vgl. auch VG Würzburg v. 22.1.2018 – W 1 K 16.32611, Rn. 24 ff.; VG Düsseldorf v. 27.6.2016 – 18K 8370/14.A, Rn. 33; vehement widersprechend äußern sich dazu: NdsOVG v. 28.7.2014 – 9 LB 2/13, Rn. 30; VG Bremen v. 10.10.2017 – 3 K 2905/16), Rn. 40.

103 VG Augsburg v. 27.4.2017 – Au 5 K 17.31136, Rn. 43.

104 Nebenbei wirkt eine solche Aussage schon deshalb zweifelhaft, da sie Pro Asyl und den UNHCR auf eine Ebene stellt. Pro Asyl ist im Gegensatz zum UNHCR eine nichtstaatliche, unabhängige und zivilgesellschaftliche Organisation, die sich u.a. dem Schutz von Geflüchteten verschrieben hat, und damit mit dem durch die Vereinten Nationen, einem zwischenstaatlichen Zusammenschluss von 193 Staaten, mandatierten UNHCR kaum gleichzusetzen.

sind.¹⁰⁵ Seine Reichweite unterscheidet sich abhängig von den verschiedenen Rechtsgrundlagen, in denen es verankert ist: Je größer der Gehalt, desto größer die Gruppe der Begünstigten und Adressat_innen seines verpflichtenden Charakters.¹⁰⁶ Es findet sich beispielsweise in Art 33 Abs. 1 der GFK, Art. 3 EMRK, und als *ius cogens*-Grundsatz ist er ebenfalls akzeptiert.¹⁰⁷ Sowohl aktuelle EASO-Berichte,¹⁰⁸ der Lagebericht von Amnesty International¹⁰⁹ und dem Auswärtigen Amt¹¹⁰ sowie die Ausführungen der Afghanistan-Zuständigen des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung, Friederike Stahlmann,¹¹¹ zeichnen ein düsteres Bild von Afghanistan. 2018 wurde laut UNAMA, der UN-Mission in Afghanistan, und UNHCR ein neuer Höchststand erreicht: Fast 4.000 Zivilist_innen, elf Prozent mehr als 2017, wurden in Afghanistan getötet, weitere 7.200 verletzt.¹¹² Um nur ein paar Beispiele zu nennen, wird in allen Darstellungen im Gegensatz zu den Entscheidungen der deutschen Gerichte betont, dass auch ein gesunder, junger alleinstehender Mann ohne familiäres und soziales Netzwerk kaum eine Möglichkeit hat, sich seine Existenzgrundlage als Rückkehrer in Afghanistan zu sichern. Zudem sei die Absorptionsfähigkeit der genutzten Ausweichmöglichkeiten so stark in Anspruch genommen, v.a. im Umfeld größerer Städte wie Kabul, weshalb großer Bedarf an Unterkunft, Nahrung, sauberem Trinkwasser und medizinischer Versorgung bestehe, der kaum noch gedeckt werden könne.¹¹³ Zur medizinischen Versorgung führt das Auswärtige Amt weiter aus, dass die Lage v.a. für psychisch erkrankte Personen äußerst schwierig sei, da im Falle von Kabul beispielsweise nur eine staatliche Klinik mit vierzehn Betten zur Verfügung stehe.¹¹⁴ Allein diese Beispiele lassen die Aussage zu, dass grundlegende Menschenrechte nicht mehr gewährt werden können. So der Zugang zu Nahrung, Trinkwasser, Unterkunft u.a., verankert in Art. 3 und 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) und Art. 11 des UN-Sozialpaktes, um nur die wichtigsten zu nennen. Auch der Zugang zu medizinischer Versorgung, u.a. festgelegt in Art. 12 UN-Sozi-

105 Lülff, Non-refoulement in International Refugee Law, Human Rights Law and Asylum Laws, in: Heintze/Thielbörger (Hrsg.), From Cold War to Cyber War – The Evolution of the International Law of Peace and Armed Conflict over the last 25 Years, 167-186 (168).

106 Ebd.

107 Lülff (Fn. 105), 180.

108 So EASO, Country of Origin Information Report: Afghanistan – Security Situation, EASO December 2017, https://coi.easo.europa.eu/administration/easo/PLib/EASO_Afghanistan_security_situation_2017.pdf (letzter Abruf: 11.7.2018) und ebd., Country of Origin Information Report – Update: Afghanistan – Security Situation, EASO Mai 2018, https://coi.easo.europa.eu/administration/easo/PLib/Afghanistan-security_situation_2018.pdf (letzter Abruf: 11.7.2018).

109 Amnesty International, Zurück in die Gefahr – Europa schiebt Asylsuchende nach Afghanistan ab, AI 2017, <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2017-12/Amnesty-Bericht-Abschiebung-en-nach-Afghanistan-Oktober2017.pdf> (letzter Abruf: 6.7.2018).

110 Der Lagebericht vom Mai 2018 ist aus Gründen des Quellenschutzes nicht öffentlich zugänglich, weshalb die Informationen auf einer Wiedergabe bestimmter Aussagen der Lagebewertung durch Pro Asyl gestützt sind, denen dieser zugänglich war: PRO ASYL, Zum Lagebericht zu Afghanistan des Auswärtigen Amtes: Neue Erkenntnisse erfordern Neuprüfung, Pro Asyl 3.7.2018, <https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/2018-05-03-Stellungnahme-PA-zu-Lagebericht-Afghanistan-2018.pdf> (letzter Abruf: 4.7.2018).

111 Stahlmann, Zur aktuellen Bedrohungslage der afghanischen Zivilbevölkerung im innerstaatlichen Konflikt, ZAR 2017, 189–201.

112 Tagesschau, Ein trauriger Rekord, 24.02.2019, <https://www.tagesschau.de/ausland/afghanistan-769.html> (letzter Abruf: 23.04.2019).

113 Pro Asyl (Fn. 110), 6.

114 Ebd., 7.

alpakt, ist weitestgehend eingeschränkt. Die Liste ist an dieser Stelle nicht abschließend, sondern soll nur einen Eindruck der konkreten Menschenrechtsverletzungen, die Rückkehrer_innen in Afghanistan drohen, geben.

VI. Fazit

Es wurde eine Diskrepanz deutlich, die nicht nur auf Seiten des BAMF, sondern auch auf Seite der nationalen Rechtsprechung zwischen der eigentlichen Lage in Afghanistan und den getroffenen Entscheidungen über Personen, die dorthin zurückgeschickt werden sollen, besteht. Die Ausführungen stärken die Kritik, dass Abschiebungen nach Afghanistan mit der Begründung einer ‚sicheren‘ Schutzalternative auf einer menschenrechtswidrigen Grundlage geschehen und politisch motiviert sind. Nachholbedarf bei den deutschen Gerichten besteht bei der Abarbeitung der einzelnen Prüfungspunkte des internen-Schutz-Maßstabes. Eine ‚saubere‘ Prüfung würde nicht nur mehr Transparenz gewährleisten, da die Annahme einer Schutzalternative im Herkunftsland dann nachvollziehbarer ausformuliert sein würde, sondern auch eine vereinfachte Rückbeziehung der Gerichte untereinander ermöglichen. Vor allem aber sind die deutschen Gerichte im Rahmen ihrer Kooperationspflicht nach Art. 35 GFK und dem Unions- und Völkerrecht dazu verpflichtet, sich an den UNHCR-Richtlinien zu orientieren, sie folglich nicht zu ignorieren, wie es v.a. an bayerischen Gerichtshöfen der Fall zu sein scheint. Eine solche Verpflichtung zur Kooperation beinhaltet auch, dass aktuelle Informationen des UNHCR einbezogen werden, wenn diese zur Verfügung stehen. In Anbetracht der sich weiter verschlechternden oder zumindest sehr schlecht verbleibenden Sicherheitslage und humanitären Versorgung in Afghanistan sollten Abschiebungen auf Grundlage der Annahme eines internen Schutzes dahin grundlegend überdacht werden.